



## Medikamentenversorgung zwischen Märkten und Moral

Seit einiger Zeit mehren sich die Meldungen, wonach in Apotheken und Spitälern Hunderte von Medikamenten und Impfstoffen knapp werden oder vorübergehend überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen – und dies nicht in Entwicklungs- oder Schwellenländern, sondern in reichen industrialisierten Staaten wie Deutschland oder der Schweiz. Die Gründe für diese Engpässe sind fast ausschliesslich den ungeschriebenen Gesetzen der postmodernen Marktwirtschaft geschuldet, denen sich in diesen Zeiten kaum ein Unternehmen, wie gross auch immer es sei, entziehen kann oder will, so auch nicht die Pharmafirmen. Auch sie sind vollumfänglich ökonomischen Zwängen unterworfen. Dabei gründet ihr Geschäftsmodell auf nichts Geringerem als auf der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Arzneien – einer Aufgabe, angesichts deren sich aus gegebenem Anlass die dringende gesellschaftspolitische Frage stellt, ob sie nicht zu gross und zu wichtig ist, um ihre Bewältigung allein denen zu überlassen, die damit Geld verdienen (müssen).

In Zeiten globalisierter und mithin einzelstaatlich kaum mehr zu regulierender Märkte ist es auch in der Pharmaindustrie längst so gängige wie offenbar alternativlose Praxis, die Produktpalette sowie die Produktions- und Vertriebswege nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten immer weiter zu optimieren. So wird etwa die Herstellung nicht ausreichend lukrativer Präparate nach Fernost outgesourct, wo die wenigen Betriebe den dennoch nach wie vor bestehenden Bedarf kaum decken können. Vor allem im Bereich der Antibiotika ist diese Entwicklung dramatisch: Die Produktion bestimmter etablierter Wirkstoffe wird aufgrund zu geringer Gewinnspannen auf ein Mini-

mum heruntergefahren, wenn nicht ganz aufgegeben, und gleichzeitig wird aus denselben Gründen kaum oder gar nicht mehr in die dringend notwendige Forschung zu innovativen Mitteln investiert.

Mit Appellen aus der Richtung, wo dieser Bedarf beziehungsweise die Engpässe bestehen, oder mahnend gehobenen Zeigefingern seitens der involvierten staatlichen Institutionen sind diese Strukturen kaum aufzubrechen. Zumal auf der anderen Seite nicht selten das Damoklesschwert eines drohenden Arbeitsplatzabbaus an – zumindest vorgeblich – ebenfalls moralisch-ethische Fäden geknüpft wird. Festzuhalten bleibt das Paradoxon, dass sich die Menschen in Ländern, welche ihren Wohlstand gerade auch der Wirtschaftskraft ihrer Pharmaindustrie verdanken, von eben dieser nun Risiken an Leib und Leben aufkotroyieren lassen, die sie rein angesichts der hier üppigen Ressourcen gar nicht tragen müssten. Doch in dem Zusammenhang allein die Branche anzuklagen ginge ins Leere: Hat sich so manch einer – als Konsument, als Arbeitnehmer oder gar Anteilseigner – nicht auch selbst gut eingerichtet im System? Die Frage, ob nun der zweifellos zunehmende ökonomische Druck oder mitunter doch eher ein ausuferndes Profitstreben das Handeln bestimmt, lässt sich kaum beantworten, ist aber letztlich nur Aufhänger einer ohnehin müssigen Scheindebatte. Vielmehr würde es doch darum gehen, in Sachfragen einen politischen Konsens zu erzielen und entsprechend umzusetzen, welcher wirtschaftliche Erfordernisse mitberücksichtigt, statt sich von ihnen abkoppeln zu lassen.

Für das Individuum – heute noch Industriearbeiter, morgen vielleicht Aktionär und übermorgen möglicherweise bedürftiger Patient – würde dies natürlich bedeuten, eine Entscheidung zu treffen, statt nur mit dem Finger auf die Probleme zu zeigen. Aus der Entscheidung möglichst vieler würde dann ein gemeinsamer politischer Wille resultieren, den es gegen alle Widerstände, nicht zuletzt auch gegen eigene, durchzusetzen gilt. Dieser Wille könnte dort ein Gegengewicht bilden, wo wirtschaftliche Interessen womöglich lebensgefährlich zu werden drohen – nicht unbedingt, aber im Zweifel eben auch in Konfrontation mit Letzteren. Er würde mit staatlichen Mitteln notwendige medizinische Forschung und Versorgung dort gewährleisten und fördern, wo private Unternehmer kein Geld verdienen können – und hülfe diesen so dabei, ökonomisch erfolgreich sein zu können. Nicht ohne Eigennutz, denn der Staat kann nur von gesunden Unternehmen profitieren. Gemeinwohl dagegen allein auf die Summe ökonomisch gewichtiger Einzelinteressen oder gar auf deren moralisches Verpflichtetsein gründen zu wollen ist nicht nur ein Widerspruch in sich, sondern auch schlicht der falsche Ansatz.

Ralf Behrens